Große Anfrage

der Abgeordneten Ursula Lötzer, Dr. Barbara Höll, Dr. Diether Dehm, Werner Dreibus, Cornelia Hirsch, Monika Knoche, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Haltung der Bundesregierung zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat im Januar 2004 den Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie vorgelegt, die nahezu alle Dienstleistungsbereiche in der Gemeinschaft liberalisieren will und tiefgreifend in die Souveränität und Gestaltungs-kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten eingreifen würde. Damit verstößt sie nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. gegen das in den EG-Verträgen (EGV) festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip. Eklatant sichtbar wird dieser Ein-griff durch den weitgehenden Verzicht auf öffentliche Wirtschaftsaufsicht und Kontrolle für ausländische Dienstleistungserbringer.

Kernstück der Richtlinie ist das „Herkunftslandprinzip“, das es dem grenzüber-schreitenden Dienstleister erlaubt, seine Leistung nach den Standards und Vor-schriften des Herkunftslandes anzubieten und es dem Bestimmungsland verbie-tet, vom Anbieter die Einhaltung einheimischer Gesetze und Standards zu fordern oder auch nur zu kontrollieren.

Anstatt der notwendigen Harmonisierung von Qualitätsstandards, Sozial- und Beschäftigungsbedingungen sowie von umwelt- und verbraucherschutzrecht-lichen Regelungen zwischen den Mitgliedstaaten ist zu befürchten, dass ein re-gulatorischer Wettlauf „nach unten“ eingeleitet werden würde.

Es ist weiterhin zu befürchten, dass der Druck auf die Regierungen, im Namen der Wettbewerbsfähigkeit hohe Standards zu beseitigen oder zu lockern, enorm zunehmen würde und ihre Möglichkeiten, Unternehmen in Verantwortung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit einzubinden, weitestgehend aufgegeben werden müssten.

An die Stelle von verbindlichen, harmonisierten Standards sollen laut Richt-linienentwurf „die Interessenträger ermutigt werden“, freiwillige Verhaltensko-dizes auszuarbeiten. Dies wäre nach Auffassung der Fragesteller ein Rückfall der Regelungen auf das Niveau von Entwicklungs- und Schwellenländern.

Es ist zu befürchten, dass mit der Ausweitung der Niederlassungsfreiheit all die-se Wirkungen verschärft werden würden, da sich insbesondere große Dienstleis-tungsunternehmen über eine Verlegung ihrer Niederlassung bzw. Mehrfachre-gistrierung das jeweils „preisgünstigste“ Rechtssystem aussuchen könnten. Der jetzt bereits in der EU vorhandene Steuerwettbewerb würde forciert, die Finanz-kraft der Staaten weiter geschwächt. Als wirtschaftliche Konsequenz droht nach Auffassung der Fragesteller eine weitere Schwächung der Binnennachfrage in den europäischen Staaten und zunehmende Arbeitslosigkeit.

Der Geltungsbereich der Richtlinie umfasst auch Dienstleistungen, die bisher in Mitgliedsländern im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge angesiedelt sind. Ein Rückzug des Staates und die Unterwerfung unter den „freien Wettbewerb“ würde nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. ein Ende der Daseinsvorsorge bedeuten und zu gravierenden Fehlentwicklungen führen.

Die Debatte über die Organisation der Daseinsvorsorge in Europa hat mit dem Grünbuch und dem Weißbuch über „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ überhaupt erst angefangen. Mit der Dienstleistungsrichtlinie würde diese Diskussion zum Teil obsolet, da bereits Fakten hinsichtlich schrankenloser Liberalisierung in weiten Bereichen des Dienstleistungssektors geschaffen würden.

Gegen diesen Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie gibt es europaweit Kritik von Mitgliedstaaten, Landesregierungen und Nichtregierungsorganisationen. Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 22./23. März 2005 wurde beschlossen, den bisherigen Richtlinienentwurf zu überarbeiten. Insbesondere soll die Sicherung sozialer Standards stärker in den Vordergrund treten. Auch der Bundesrat (Bundesratsdrucksache 128/04) und der Deutsche Bundestag (Bundestagsdrucksache 15/5832) haben sich für umfangreiche Überarbeitungen an der Richtlinie ausgesprochen. Eine aktuelle und detaillierte Folgenabschätzung und Positionsbestimmung des Richtlinienentwurfs durch die neue Bundesregierung liegt der Öffentlichkeit bisher nicht vor.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sieht die Bundesregierung in den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getroffenen Vereinbarungen zum Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie einen Rückschritt gegenüber den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat, die sich dafür eingesetzt haben, dass die EU-Kommission die Dienstleistungsrichtlinie zurückzieht und grundlegend überarbeitet, wird sie sich trotzdem für eine grundlegende Neufassung einsetzen und wenn nicht, aus welchen Gründen nicht?
2. Führt das Herkunftslandprinzip nach Auffassung der Bundesregierung in der bisherigen Ausgestaltung zur Sicherung von hohen Standards für die Sicherung und Qualität von Dienstleistungen und wie begründet sie ihre Meinung?
3. Beabsichtigt die Bundesregierung das Herkunftslandprinzip zu verändern und wenn ja, in welchen Bereichen?
4. Welche konkrete Alternative schlägt die Bundesregierung vor?
5. Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung im Europäischen Rat, im Ständigen Ausschuss des Rates und im Wettbewerbsrat bereits unternommen oder wird sie noch unternehmen?
6. Welche Vorschläge gibt es in den europäischen Ratsgremien zur weiteren Klärung und Vorgehensweise und wie bewertet die Bundesregierung diese?
7. Welche Studien hat die Bundesregierung zur Folgeabschätzung der geplanten Regelungen für die einzelnen Dienstleistungsbranchen, der Auswirkung auf die Arbeitsmärkte und Arbeitsbedingungen, der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe, der Auswirkung auf die Verbraucher sowie der nötigen Verwaltungsreform in Auftrag gegeben (siehe Bundestagsdrucksache 15/5832), wie ist der Fortgang der Untersuchungen und wann ist mit deren Ergebnis zu rechnen?
8. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Beschlüssen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament vom 22. November 2005 zur Dienstleistungsrichtlinie?

I. Zu prinzipiellen Rechtsfragen

9. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 128/04 (Beschluss)), dass der Kommissionsentwurf insbesondere in den Bereichen „Verwaltungsvereinfachung“ (Artikel 5 ff.) und Genehmigungen (Artikel 9 ff.) die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit nach Artikel 5 Abs. 2 und 3 EGV verletzt, wie begründet sie ihre Meinung und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 128/04 (Beschluss)), dass die Regelungen über das Herkunftslandprinzip von der Regelungskompetenz der Gemeinschaft nach Artikel 47 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 55 EGV nicht gedeckt sind, da sie Vorschriften des Bestimmungslandes verdrängen und Hoheitsrechte beschränken, wie begründet sie ihre Meinung und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
11. Sieht die Bundesregierung in Teilen des Richtlinienentwurfs einen Verstoß gegen geltendes EU-Recht oder zumindest das Entstehen von Rechtsunsicherheiten und wenn ja, in welchen?
12. Wie will die Bundesregierung eine Klarstellung in diesen Fragen erreichen?

II. Zum Geltungsbereich der Richtlinie

13. Wird sich die Bundesregierung wie vom Deutschen Bundestag gefordert (Bundestagsdrucksache 15/5831) dafür einsetzen, dass Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, die von Mitgliedstaaten in Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten Pflichten erbracht werden, oder Dienstleistungen, bei deren Einbringung die Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft an den Dienstleistungserbringer spezifische Anforderungen zur ordnungsgemäßen Erfüllung bestimmter Gemeinwohlaufgaben stellen, vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden?
14. Wird sich die Bundesregierung wie vom Deutschen Bundestag gefordert (Bundestagsdrucksache 15/5831) dafür einsetzen, dass Dienstleistungen, die zur Sicherung und zum Erhalt öffentlicher Interessen ganz oder zum Teil von einem Mitgliedstaat oder von regionalen bzw. lokalen Behörden garantiert und finanziert sind, sowie Dienstleistungen, die kommerziell sind, aber das Ziel eines allgemeinen Interesses verfolgen und daher spezifischen Anforderungen der öffentlichen Hand unterliegen, vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden?
15. Schließt sich die Bundesregierung der Forderung des Bundesrats an (Bundesratsdrucksache 128/04 (Beschluss)), dass Gesundheits- und soziale Dienstleistungen sowie andere Sozialdienste und wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden sollten, da es sich um Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge, finanziert aus öffentlichen Mitteln oder Solidaritätsbeiträgen, handelt und der Verbraucherschutz im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich von besonderer Bedeutung und deshalb ordnungsrechtlichen Regelungen unterworfen ist?
16. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Leistungen der Wasser- und Abwasserversorgung als Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge spezifischen gesundheitlichen und ökologischen Kriterien unterliegen und deshalb aus dieser allgemeinen Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen sein müssen?

17. Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung bezüglich dieser Bereiche (Fragen 13 bis 16) und was hat sie diesbezüglich unternommen bzw. wird sie unternehmen?
18. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass erst die Debatte über die Organisation der Daseinsvorsorge in Europa, die mit dem Grünbuch und dem Weißbuch über „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ überhaupt erst angefangen hat, geführt werden muss, bevor mit der Dienstleistungsrichtlinie bereits Fakten z. T. auch in diesen Bereichen des Dienstleistungssektors geschaffen werden, und welche Schritte hat oder wird sie dafür unternehmen?

III. Zum Herkunftslandprinzip

19. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass nach Artikel 16 des Richtlinienentwurfs der Dienstleistungserbringer lediglich den Bestimmungen seines Herkunftslandes unterliegen würde?
20. Welche Konsequenzen wären damit aus Sicht der Bundesregierung verbunden?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung den Kompromissvorschlag der Berichtserstatterin Evelyne Gebhardt, dass der Zugang zum Markt nach Regeln des Herkunftslandes, die Erbringung der Leistungen aber nach den Bedingungen des Empfängerlandes erfolgen soll?
22. Wie will die Bundesregierung verhindern, dass bei einer Annahme der Richtlinie die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards der Bundesrepublik Deutschland durch Dienstleister aus anderen Mitgliedsländern unterminiert werden würden?
23. Wie ist es mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar, wenn ein deutscher Dienstleister bei der Erbringung seiner Dienstleistung in Deutschland die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards der Bundesrepublik Deutschland einhalten muss, ein Dienstleister eines anderen Mitgliedstaates aber nicht?
24. Wie soll der Verbraucherschutz gewährleistet werden, wenn eine Verbraucherin/ein Verbraucher die Details des jeweiligen nationalen Rechts des Herkunftslandes nicht kennt und sich nicht einmal der Gerichtsstand am gewöhnlichen Aufenthaltsort der Verbraucherin/des Verbrauchers befinden muss?
25. Inwieweit würde sich der Richtlinienentwurf negativ auf die Steuereinnahmen auswirken, da für die nichtharmonisierte Einkommens- und Unternehmenssteuer sowie andere staatliche und kommunale Abgaben das Herkunftslandprinzip nach Artikel 16 sowie der Artikel 14 gelten sollen?
26. Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung der Anspruch des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird, auf die Umsatzsteuer durchgesetzt werden, wenn nahezu alle herkömmlichen Melde- und Anmeldepflichten durch den Richtlinienentwurf verboten würden?
27. Inwieweit würde sich der Richtlinienentwurf negativ auf die Steuereinnahmen auswirken, da er es erleichtert, Gewinne, die in Hochsteuerländern erwirtschaftet wurden in Niedrigsteuerländern zu veranlagern bzw. Verluste durch eine ausländische Betriebsstätte im Inland abzuschreiben (Artikel 20b)?
28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass nach dem Richtlinienentwurf das Bestimmungsland vom Dienstleistungserbringer keine Registrierung, Meldung, Genehmigung, Hinterlegung finanzieller Sicherheiten, Nennung einer Anschrift oder einer vertretungsberechtigten Person verlangen dürfte?

29. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Herkunftsland weder ein übermäßiges Interesse noch die Kapazitäten hat, Auslandsgeschäfte der bei ihm registrierten Unternehmen zu kontrollieren und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das Kontrollrecht bei den Behörden des Ziellandes verbleibt, und was hat sie unternommen oder wird sie diesbezüglich unternehmen?
30. Falls das Kontrollrecht beim Herkunftsland verankert werden würde, welche Behörden oder Organe des Herkunftslandes sollten künftig mit welchem Hoheitsrecht auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Kontrollen durchführen?
31. Welche Konsequenzen hätte ein Kontrollrecht durch das Zielland bei Beibehaltung des Herkunftslandprinzips für Wirtschaftsaufsicht und Kontrolle?
32. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass das Tätigkeitsland nur noch bei direkter Gefährdung der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Gesundheit oder des Jugendschutzes Einzelmaßnahmen ergreifen dürfen soll, und zwar erst 15 Tage nachdem das Herkunftsland informiert wurde, und diese milder sein müssen als mögliche Maßnahmen des Herkunftslandes?
33. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass dies insbesondere in Fällen wie Kinderarbeit, schlechter Pflege durch ambulante Gesundheitsdienste oder auch der Tätigkeit von Geldwäschefirmen nicht hinnehmbar ist, und welche konkreten Initiativen hat sie unternommen oder unternimmt sie um eine derartige Regelung zu verhindern?

IV. Zur Niederlassungsfreiheit

34. Wie beurteilt die Bundesregierung den Katalog von Niederlassungshindernissen (Artikel 15), die von den Mitgliedstaaten gegenseitig überprüft werden müssten und hinfällig sein sollen, falls die Mitgliedstaaten nicht binnen sechs Monaten davon überzeugt werden könnten, dass diese „objektiv, verhältnismäßig und zwingend erforderlich“ sind?
35. Auf welche in Artikel 15 aufgeführten Niederlassungshindernisse würde die Bundesregierung auf keinen Fall verzichten?
36. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Beseitigung des Verbotes von Verkäufen unter Einstandspreis die Existenz insbesondere kleiner und mittlerer Dienstleister gefährden und die Konzentration auf dem Dienstleistungsmarkt befördern würde, und welche Positionen hat oder wird sie dazu in den Verhandlungen einnehmen?
37. Wie beurteilt die Bundesregierung die in Artikel 15 vorgesehene Pflicht, neue Regulierungsvorhaben in Mitgliedstaaten künftig bei der EU-Kommission anzumelden und die Entscheidung über ihre Einführung an die Europäische Kommission abzugeben?
38. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch das Verbot, eine bestimmte Rechtsform des Dienstleiters vorzuschreiben, die Möglichkeit, Aufträge bevorzugt an gemeindeeigene Betriebe oder Non-Profit-Organisationen zu vergeben, ausgeschlossen werden würde, und wie will sie dies verhindern?

V. Zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

39. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass die geplante Dienstleistungsrichtlinie insbesondere einen Deregulierungswettlauf in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Sozialstandards auslösen könnte?
40. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung einer solchen Entwicklung entgegenwirken?

41. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die Regelungen der geplanten Dienstleistungsrichtlinie der Ersatz einheimischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (siehe Baugewerbe, Schlachtereien etc.) durch billigere Anbieter aus anderen Mitgliedstaaten in allen Dienstleistungsbereichen generalisiert werden würde, und wie will sie dies vermeiden?
42. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die Lohnentwicklung in Deutschland vor dem Hintergrund, dass das Entsendegesetz in Deutschland einen Mindestlohn nur für das Baugewerbe vorsieht, in allen anderen Bereichen also das Herkunftslandprinzip gelten würde?
43. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung einer realen Senkung der Löhne entgegenzutreten oder befürwortet die Bundesregierung eine reale Lohnsenkung?
44. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Unzulässigkeit, eine Meldepflicht vor Bauleistungen, eine Bereitstellung eines niedergelassenen Vertreters oder die Bereithaltung und Aufbewahrung von Arbeits- und Sozialversicherungsunterlagen am Ort des Einsatzes zu fordern, die Möglichkeiten, die Entsenderichtlinie zu umgehen, und Missbrauch und illegale Beschäftigung fördern würde, und wie will sie dem begegnen?
45. Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung ganz konkret zum Beispiel die Zahlung des Mindestlohnes auf einer Baustelle in Deutschland überprüft und durchgesetzt werden, wenn keine Unterlagen vor Ort und kein Ansprechpartner verlangt werden dürften, der einzelne Arbeiter am Bau nur ungefähre Angaben über seine Firma machen könnte und die Einschaltung der Behörden des Herkunftslandes unter Umständen länger dauern würde als der Arbeitseinsatz der Firma in Deutschland?
46. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es für eine Leiharbeiterin/einem Leiharbeiter erheblich schwieriger werden würde, eine etwaige Schlechterstellung gegenüber der Stammbesellschaft sanktionieren zu lassen, wenn ein grenzüberschreitendes Leiharbeitsunternehmen gar keine Erlaubnis für seine Tätigkeit durch die Behörden am Einsatzort mehr benötigt und damit nicht sanktionierbar ist, und welche Schritte will die Bundesregierung dagegen unternehmen?
47. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch den Richtlinienentwurf aufgrund mangelnder Kontrollmöglichkeiten die „Scheinselbständigkeit“ zunehmen würde, und wie will sie dem begegnen?
48. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die geplante Dienstleistungsrichtlinie im Falle der Entsendung von Beschäftigten aus einem Drittstaat anstatt einer Anerkennungspflicht der Arbeitserlaubnis aus dem Herkunftsland einen Wegfall der Vorlagepflicht der Arbeitserlaubnis vorsieht?
49. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass künftig Menschenhändler Papierlose zu Dienstleistungen ins Ausland exportieren könnten, die dann als rechtlose Beschäftigte dort zu elendsten Bedingungen arbeiten müssten, und wie will sie dem begegnen?
50. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Behörden des Herkunftslandes ein gemindertes Interesse haben würden, gegen den Export der Papierlosen einzuschreiten, und wie will sie ein wirksames Einschreiten sicherstellen?
51. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf den Arbeitsschutz, wenn Ausrüstungen, sobald sie integraler Bestandteil einer Dienstleistung sind, akzeptiert werden müssten, zum Beispiel ein Gerüst, das der Norm des Arbeitslandes nicht entspricht?

52. Welche konkreten Initiativen will die Bundesregierung gegen eine mögliche Minderung des Arbeitsschutzes unternehmen?
  53. Wie und von wem soll nach Auffassung der Bundesregierung die Kontrollfunktion im Bereich Arbeitsschutz künftig übernommen werden, wenn Firmen mit Sitz im Ausland künftig nicht mehr der Versicherungspflicht in der Berufsgenossenschaft unterliegen würden?
  54. Welche Auswirkungen auf die Sozialversicherungskassen und die Allgemeinheit sieht die Bundesregierung, wenn inländische Beschäftigte einer Firma mit Niederlassung in einem Niedriglohnland einen niedrigen Sozialversicherungsbeitrag im Herkunftsland der Firma entrichten, im Falle von Vollinvalidität oder Altersrente zu wenig Rente für ein Leben in Deutschland erhalten würden?
- VI. Zu den Auswirkungen auf Mitbestimmung, gewerkschaftliche Rechte und Organisationsfreiheit
55. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass grundsätzlich jedes Unternehmen, welches in Deutschland mit hier arbeitenden Beschäftigten tätig wird, entsprechend dem Grundgesetz und den internationalen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der IAO rechtmäßig Ziel von Organisationsbemühungen und Aktivitäten der hiesigen Gewerkschaften zur Durchsetzung einer Tarifbindung bis hin zu Streikmaßnahmen werden kann?
  56. Wie will die Bundesregierung verhindern, dass sich Unternehmen künftig unter Berufung auf das Herkunftslandprinzip weigern könnten, das Recht der hier Beschäftigten, sich einer hiesigen Gewerkschaft anzuschließen, oder die hiesigen Arbeitskämpfregeln anzuerkennen?
  57. Wie will die Bundesregierung verhindern, dass Firmen vor den Gerichten ihres „Herkunftslandes“ europaweit, also auch in der Bundesrepublik Deutschland, vollstreckbare Titel gegen nach hiesigem Rechtsverständnis völlig legitime gegen sie gerichtete Arbeitskämpfmaßnahmen auf deutschem Territorium erwirken könnten?
  58. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass Beschäftigten von Firmen in Deutschland nicht nach hiesigem Verständnis unberechtigt gekündigt oder anderweitig sanktioniert werden könnten, nur weil sie sich hiesigen Gewerkschaften angeschlossen haben, die im Herkunftsland der Firma aber nicht als Gewerkschaft anerkannt sind, oder weil sie sich an hier legalen Aktionen beteiligt haben, die aber dem Gewerkschafts-/Streikrecht des Herkunftslandes des Unternehmens nicht entsprechen?
  59. Wie will die Bundesregierung verhindern, dass Firmen sich durch Sitzverlagerung und geringfügige Verlagerung einiger ökonomischer Aktivitäten in ein anderes Mitgliedsland bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung großer Teile ihrer ökonomischen Aktivität in Deutschland der hiesigen Betriebsverfassung, den Mitbestimmungsregeln und den bisherigen Tarifbindungen ohne Nachwirkung entziehen könnten?
- VII. Zu den Auswirkungen auf das Handwerk
60. Welche Auswirkungen der geplanten Dienstleistungsrichtlinie auf das heimische Handwerk sieht die Bundesregierung?
  61. Wie will die Bundesregierung verhindern, dass mit der geplanten Dienstleistungsrichtlinie die inländischen Handwerker nicht diskriminiert werden, die aus Gründen der Qualitätssicherung und des Verbraucherschutzes zum Teil wesentlich größeren Anforderungen bei Ausbildung und Berufszulassung unterliegen als Dienstleistungsanbieter aus dem Ausland?

62. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass insbesondere kleinere Betriebe bei Auftragsvergabe an Handwerker aus anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, tatsächlich Gewährleistung zu erhalten, und in welchem Land und nach welchem Recht soll dies geschehen?

VIII. Zum Gesundheits- und Sozialbereich

63. Welche Dienstleistungen und welche Regelungsinstrumente im Gesundheits- und Sozialbereich sind definitiv aus dem Geltungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen?
64. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesrates (Bundratsdrucksache 128/04 (Beschluss)), dass hohe Qualitätsstandards, die Transparenz des Leistungsangebotes, ein flächendeckendes Angebot und die allgemeine Zugänglichkeit von Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes wesentliche Aspekte der sozialen Dimension darstellen und sichergestellt werden müssen, und wie begründet sie ihre Haltung?
65. Welche Initiativen hat die Bundesregierung unternommen oder wird sie unternehmen, um die Richtlinie diesen Anforderungen anzupassen?
66. Welche Position nimmt die Bundesregierung dazu ein, dass insbesondere bei personenbezogenen Dienstleistungen erst gemeinsame europäische Leistungs- und Qualitätsstandards entwickelt werden müssen, bevor eine Liberalisierung stattfindet?
67. Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder wird sie unternehmen, um eine Deregulierung vor der Harmonisierung zu verhindern?
68. Wie sollen nach Auffassung der Bundesregierung Qualitätsstandards in der Pflege überprüft werden, wenn die Qualitätsstandards aus den Herkunftsländern Gültigkeit erhalten würden und diese nicht der deutsche Medizinische Dienst, sondern die heimischen Stellen fernab des Geschehens zu bewerten hat?
69. Wie beurteilt die Bundesregierung die unklare Abgrenzung zwischen freiem Dienstleistungsverkehr und niedergelassenem Dienstleistungsbereich im Sozialbereich, wenn eine Projektlaufzeit absehbar ist (z. B. ein Jugendhilfe-projekt), und was will sie konkret dagegen unternehmen, dass in diesem Fall das Herkunftslandprinzip gültig sein würde?
70. Wird die Bundesregierung dem Bundesrat folgen (Bundratsdrucksache 128/04 (Beschluss)) und sicherstellen, dass Sozialversicherungen maximal die tatsächlichen Kosten der Behandlung erstatten, ausreichend Abschläge vom Erstattungsbetrag für Verwaltungskosten, fehlende Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie vorgesehene Zahlungen in Abzug zu bringen sind, und wie wird sie dies tun?
71. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Niederlassungsfreiheit von Ärzten auf die bisherigen Zulassungsbeschränkungen für Kassenarztsitze in der haus- und fachärztlichen Versorgung, können sich diese ohne Beschränkung als Kassenärzte niederlassen oder bleibt den Angehörigen der akademischen Heilberufe nur die Möglichkeit der Privatpraxis?
72. Welche Auswirkungen werden für die bisher von den Ärztekammern ausgeübte Berufsaufsicht erwartet, wenn das Herkunftslandprinzip eine nationale bzw. regionale Kontrolle unterlaufen würde?
73. Welche Sicherheiten gibt es für Patienten, die sich von einem frei niedergelassenen akademischen Heilberufler aus einem Drittstaat behandeln lassen?

74. Bleiben die Patientenrechte unter der europäischen Dienstleistungsrichtlinie unangetastet?
75. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf Mischformen zwischen stationären und ambulanten Diensten und wie will sie konkret negative Auswirkungen auf die Krankenhausversorgung und -planung der Länder ausschließen?
- IX. Zum Kultur- und Bildungsbereich und den audiovisuellen Dienstleistungen
76. Wird die Bundesregierung den Beschlüssen des Deutschen Bundestags (Bundestagsdrucksache 15/5831) und des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 128/04 (Beschluss)) folgen und sich dafür einsetzen, dass Bildungs- und kulturelle Dienstleistungen gänzlich aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen werden, und wenn nicht, warum nicht?
77. Sieht die Bundesregierung in den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getroffenen Vereinbarungen zum Umgang mit dem Richtlinienentwurf ein Instrument, eine klare Abgrenzung von öffentlichem und privatem Bereich im Bildungswesen zu ziehen, und mit welchen konkreten Positionen dazu wird sich die Bundesregierung in die weiteren Verhandlungen einbringen?
78. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Bildung ein öffentliches Gut und eine vom Staat wahrzunehmende Verpflichtung ist, und welche konkreten Positionen hat sie in die Verhandlungen um die Dienstleistungsrichtlinie eingebracht und wird sie einbringen, um eine weitere Privatisierung im Bildungswesen zu verhindern?
79. Wird die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getroffenen Vereinbarungen folgen und Rechtsansprüche ausländischer Bildungsanbieter unterbinden, Verbraucherschutzregelungen und Qualitätssicherung gewährleisten sowie nationale Prioritäten der Bildungspolitik erhalten und wie will sie dies tun?
80. Wird die Bundesregierung den Beschlüssen des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 15/5831) und des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 128/04 (Beschluss)) folgen und sich dafür einsetzen, dass audiovisuelle Dienstleistungen gänzlich aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen werden, und welche konkreten Schritte hat sie unternommen beziehungsweise wird sie diesbezüglich unternehmen?
81. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Pluralismus im Medienbereich sichergestellt werden muss, und welche konkreten Positionen wird sie in die Verhandlungen um die Dienstleistungsrichtlinie einbringen, um eine Konzentration in diesem Bereich zu verhindern?
82. Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Universalienrichtlinie (Artikel 31 Must-carry-Regelungen) und dem Anliegen im Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie, die nationalen Weiterbreitungsvorschriften für die Kabeleinspeisungen der Überprüfung zu unterstellen (Erwägungsgrund 36), und wie will sie diese Überprüfung verhindern?
83. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die Einführung des Herkunftslandprinzips z. B. bei Wahlberichterstattungen, Sendung bezahlter politischer Werbung im Rundfunkbetrieb, Zuteilung freier Sendezeiten für politische Parteien, nationale Vorschriften zur Sicherung fairer demokratischer Wahlen umgangen werden könnten, und will sie dies verhindern?

X. Zum Verhältnis zwischen Regierungen und Unternehmen

84. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass durch den Richtlinienentwurf Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards des Bestimmungslandes durch freiwillige, von den Interessenträgern vereinbarte Verhaltenskodizes und freiwillige Qualitäts-Gütesiegeln ersetzt werden sollen (Artikel 31 und 39)?
85. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass in einem einheitlichen Rechtsrahmen wie der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Verbraucherinnen und Verbraucher und der Umwelt verbindlichen Regelungen der Vorzug vor freiwilligen, unverbindlichen, nicht einklagbaren Verhaltenskodizes zu geben ist, wie begründet sie ihre Haltung und welche Schritte wird sie diesbezüglich unternehmen?
86. Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung der Rückzug auf freiwillige Verhaltenskodizes mit dem Verfassungsgebot der Sozialbindung des Eigentums vereinbar?

XI. Zu den ökonomischen Folgewirkungen

87. Welche Auswirkungen entstehen aus der Dienstleistungsrichtlinie in der vorgeschlagenen Form aus Sicht der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung (bitte aufgeschlüsselt nach Branchen)?
88. Wie beurteilt die Bundesregierung die dazu vorliegenden Studien von FORAS und dem Copenhagener Institut?
89. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkungen insbesondere des Herkunftslandprinzips auf die Binnenmarktnachfrage?
90. Welche Wirkungen sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Exportmärkte?
91. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung insbesondere hinsichtlich der kommunalen Betriebe?
92. Welche Position bezieht die Bundesregierung zu den Befürchtungen, dass durch die Dienstleistungsrichtlinie die Konzentration im Dienstleistungssektor zunehmen würde und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen verdrängt werden würden?

XII. Zum Europäischen Einigungsprozess und zu Auswirkungen auf die Demokratie

93. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass demokratische Defizite entstehen würden, wenn der einzelne Bürger im eigenen Land Regelungen aus 25 unterschiedlichen Ländern gegenüberstehen würde, die er nicht durchschauen kann, und der eigene Staat nicht einmal die Souveränität hat, Kontrollen durchzuführen, und wenn ja, wie will sie gegen diesen Demokratieverlust vorgehen?
94. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vereinbarkeit des Entwurfs zur Dienstleistungsrichtlinie mit dem Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes (Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus), wenn der Staat teilweise seine Souveränität, seine Regulierungs-, Kontroll- und Sanktionsmöglichkeit aufgeben und an ein beliebiges anderes Mitgliedsland übergeben würde?
95. Teilt die Bundesregierung die Kritik, dass der Richtlinienentwurf die föderalen Strukturen einiger Mitgliedsländer insbesondere in Bezug auf Genehmigungsverfahren verletzen würde, wie begründet sie ihre Haltung und welche Konsequenzen zieht sie daraus für den Föderalismus?

96. Was bedeutet es nach Auffassung der Bundesregierung für den europäischen Einigungsprozess, wenn die schwedische Regierung die Richtlinie wie angekündigt nicht unterzeichnen würde, andere Regierungen eventuell folgen könnten und die Dienstleistungsrichtlinie nur in Teilen der Gemeinschaft Geltung haben würde?
97. Wird sich die Bundesregierung dieser Vorgehensweise anschließen, wenn die Richtlinie nicht gravierend, insbesondere hinsichtlich des Herkunftslandprinzips, verändert werden würde?
98. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch die Dienstleistungsrichtlinie auf den weiteren Verfassungsprozess und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur europäischen Integration?

Berlin, den 29. November 2005

Ursula Lötzer
Dr. Barbara Höll
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Cornelia Hirsch
Monika Knoche
Kornelia Möller
Dr. Herbert Schui
Dr. Axel Troost
Sabine Zimmermann
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion